

Salz-Beimung.

werden die Spaltzeit oder deren Raum mit 20 Pf., solche mit Spalte mit 15 Pf. berechnet...

[Der Abdruck anderer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei pünktlicher Bezahlung 2,75 M., durch die Post 3 M., pro monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befreiung...

Nr. 223.

Halle a. d. Saale, Freitag den 14. Mai.

1897.

Deutsches Reich.

Sofa- und Personalnachrichten.

Berlin, 13. Mai. Der Kaiser unternahm heute Vormittag, wie aus Erfahrung gemeldet wird, einen mehr als zweistündigen Spaziergang in die Umgebung über Waldstätten, Niederbarnbieke...

Mit Bezug auf die Auslegungen der Belleidbepische des Kaisers an den Präsidenten wurde in der französischen Presse berichtet man der „Kreuzzeitg.“ u. a. folgendes: „So richtig wie ein Pfeil der „Figaro“ einestweil das hohe Ereignis...

In den hiesigen Verichten verschiedener pariser Blätter über das Mandat bei Garolotte wird die ausgezeichnete Haltung der Kaiserin während des Unwetters hervorgehoben...

Das Vereinsgesetz.

Wie schon telegraphisch gemeldet, ist gestern der Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Verammlungen und Vereine...

Artikel I. Verammlungen, welche den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder welche die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates...

Artikel II. Verammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert oder beraten werden, dürfen Mitglieder nicht theilnehmen.

Artikel III. Vereine, deren Zweck oder Thätigkeit den Strafgesetzen zuwiderläuft oder die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates...

Artikel IV. Vereine, welche bestanden, politische Gegenstände in Verammlungen zu erörtern (§ 8 der Verordnung vom 11. März 1850), dürfen Mitglieder nicht als Mitglieder aufnehmen...

Artikel V. Werden Mitglieder aus einer vollenständigen Verammlung (Artikel II) oder aus Verammlungen oder Sitzungen politischer Vereine (Artikel IV) auf die Aufforderung der Abgeordneten der Volksgesetzgebung nicht eukert, so kann die polizeiliche Auflösung der Verammlung oder der Sitzung erfolgen...

Wir behalten uns vor, auf diesen saten Entwurf noch näher zurückzukommen, der den Absichten schon in sich trägt, ehe er zur öffentlichen Diskussion gelangt ist...

Die Vorlage befruchtet sich nicht nur auf Aufhebung des Verbindungsverbots, für das im Reichstage unter Berufung auf die Zustimmung der in Frage kommenden Regierung eine verbindende Verpflichtung übernommen wurde...

Eine treffende Antwort auf diese im Abgeordnetenhause eingegangene Vorlage ist bereits - aus dem Reichstage erfolgt - von Seiten von den freisinnigen Parteien, den Sozialdemokraten, den Antisemiten und den Polen ein Gegengewicht eingebracht...

Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Es ist dies der Wortlaut des auf den Antrag Bassermann am 17. Juni v. J., also noch in dieser Session, angenommenen „Vereinsgesetzes“, über das der Bundesrathbeschluss noch ausbleibt...

Parlamentarisches.

Der Bundesrath erstellte gestern dem Protokoll der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr vom 8. Mai 1897 und dem Entwurf betr. den Abschluß eines Anleihevertrages zwischen dem Reich und dem Vorpommerschen Reichthum seine Zustimmung...

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, legt die konservative Fraktion des Reichstages alles daran, für nächste Woche noch ein beschlußfähiges Haus zu erzielen...

brüchige Wählungen abgegeben, doch ist am Montag spätestens in Berlin eingetroffen. Geht die Absicht, die zu einem beschlußfähigen Hause nöthige Anzahl von Abgeordneten zu versenden, dann soll der Versuch gemacht werden, außer den Finanzvorlagen, also dem Nachtrags- und der Verammlungsanforderungsvorlage, auch die Handwerkerorganisationen vorlage noch zur Verabreichung zu bringen...

Berlin, 13. Mai. Die Budgetkommission des Reichstages setzte auf den Antrag v. Veitinger (sonn.) das Gehalt der Stadtschiffere auf 3500 M. statt 5700 M. fest.

Berlin, 13. Mai. Das Abgeordnetenhause überweist heute nach kurzer Beratung die Schuldenübernahme an die Budgetkommission, nachdem die üblichen speziellen Wünsche vorgebracht worden waren.

Berlin, 13. Mai. Die Gemeindefunktion des Abgesandtenhauses nahm einstimmig einen Antrag an, welcher die Staatsregierung erucht, in Landtage einen Gesetzentwurf einbringen, durch welchen die Frage der Umstellung, des Abhebens und der Weiterveränderung der Gemeindefunktion geregelt wird.

In der Kommission ist die Finanzkommission zur Beratung des Etats auf den 18., 19. und 20. Mai einberufen worden.

Der Kampf gegen die Produktendosen.

„Ob dem Handel, der nun dort - im Feinpaß nämlich - vorrückt“, erklärte Handelsminister Bredow am 17. März d. J., „einige Tage früher oder später der Garaus gemacht wird, ist nicht eine Frage von so großer wirtschaftlicher Bedeutung, daß ich deshalb dem Recent daran zu legen hätte, diese Erhebungen mit der äußersten Beschleunigung zu Ende zu führen.“

Volkswirtschaftliches.

Wie bekannt, liegt es in der Absicht, eine Neuregelung des Arbeitsvertrages in Bezug auf die Gefangenen in Preußen vorzunehmen. Mit Rücksicht hierauf ist es von Interesse, die neuesten über diesen Verdict vorliegenden Zahlen kennen zu lernen.

Damals sind durch Beschäftigung der gerichtlichen Gefangenen sowie die Verwendung des Arbeitsverdienstes 3,1 Mill. M. aufgebracht worden, wovon 850,000 M. auf die Verwendung der Gefangenen zur Arbeit außerhalb des Gefängnisses, 2,3 Millionen M. auf den sonstigen Arbeitsverdienst und der Rest auf Ueberflüsse, welche durch besondere Umstände veranlaßt sind, kamen.

Das Reichs-Verrechnungsbuch hat wieder, wie im Vorjahre, den gewererblichen Verrechnungsbuch und deren Schluß eine Zusammenstellung der Beobachtungen über besondere Verdict gegeben, wovon 850,000 M. auf die Verwendung der Gefangenen zur Arbeit außerhalb des Gefängnisses, 2,3 Millionen M. auf den sonstigen Arbeitsverdienst und der Rest auf Ueberflüsse, welche durch besondere Umstände veranlaßt sind, kamen.

Für die Weltausstellung in Brüssel hat das Reichs-Verrechnungsbuch in Berlin einen Reichs-Verrechnungsbuch, wovon 850,000 M. auf die Verwendung der Gefangenen zur Arbeit außerhalb des Gefängnisses, 2,3 Millionen M. auf den sonstigen Arbeitsverdienst und der Rest auf Ueberflüsse, welche durch besondere Umstände veranlaßt sind, kamen.

Der Finanzminister hat durch Verfügung vom 9. Mai 1897 bestimmt, daß Sachpachtverträge als Rückverträge über unvollständige Gassen nach Artikel 48a des Steuer-Gesetzes vom 31. Juli 1895 zu bezeichnen sind.

Die gestern in Leipzig aus vielen Städten Deutschlands im Hotel „Stadt Dresden“ zusammengetretenen Sockel- und Buchhändler beschlossen die Bildung eines freien Buchhändler-Verbandes; der Zweck desselben ist die Wahrung der Interessen der Wiederverkäufer. Es wurde beschlossen, die

eigenes Kommissionshaus und ein eigenes Genossenschaftslager in Leipzig zu errichten.

Land und Meere.

Der Bund der Landwirthe hat den Kultusminister ersucht, baldmöglichst die Erhebung einer Statistik über die Schaffplätze anzuordnen.

Heer und Marine.

S. M. S. „Arcona“, Kommandant Kapitän zur See Becker, ist am 12. März in Höhe angekommen.

Der Befehlshaber der Kanonen in der Schlacht von Polzun-Boway, Generalmajor Jantzen, D. Baron Otto von Soltow, zuletzt Kommandant der 26. Division, ist im Alter von 82 Jahren in Stuttgart gestorben.

Arbeiterbewegung.

Der Generalkonferenz der Berliner Maurer, dessen Ausbruch zum Zwecke der Erlangung eines Stundenlohnes von 60 Pfennig längs betrorfend, am 14. Tage der Arbeit beendet worden. In einer von fast 3000 Maurern besuchten Versammlung gab am Mittwoch die Lohnkommission die Antworten der Arbeitgeber auf die ihnen schriftlich übermittelten Arbeiterforderungen bekannt. Danach ist ein Teil der Forderungen der Erlangung des Stundenlohnes nicht abgelehnt; ein anderer erheblicher Prozentsatz hält die Forderung mit Rücksicht auf das Submittivvermögen für unüberwindlich, während die Mittelglieder des Bundes (Zinnung) der Bau-, Maurer- und Zimmermeister entweder gar nicht antworteten oder sich hinter den Zinnungsverband verhielten, dessen Haltung in dieser Frage ungewiß ist. Am dem letzten Tage der Verhandlung, beantwortete die Lohnkommission die Quansifizierung des Streiks, um vorerst mit dem Zinnungsverband zu unterhandeln. Nach erneuter Debatte wurde der Kommissionsvorschlag angenommen und an demselben beschlossen, auf allen Punkten, auf denen die Beziehungen für die Arbeiter günstiger liegen, sofort den erlöblichen Stundenlohn, unter Berücksichtigung der Arbeitsleistung, zu erheben. Am jedoch die Möglichkeit in die Bewegung zu bringen, soll teils die Lohnkommission die zu verhandelnden Punkte bestimmen. In den nächsten 14 Tagen wird um eine Baustoppnote über die gemeinsame Baustoppnote Berlin verhandelt, außerdem werden in allen Stadtteilen die Zusammenkünfte stattfinden, bis zum Eingang der Zinnungsverantwortung in 14 Tagen die Entscheidung fällt.

Brennlicher Landtag.

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 13. Mai, 11 Uhr.

Am Mittwoch: 1. Thesen, von Wiquel u. a. Eingegangen: Der Gesetzentwurf zur Ergänzung und Veränderung von Bestimmungen über Zinsungen und Verzinsungen.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Erweiterung des Staatszinsbankgesetzes und die Bestimmung des Zinses an den Bau von Kleinbahnen, sowie an der Erleichterung von landwirtschaftlichen Getreide- und Erbsenlieferungen wird fortgesetzt.

Die landwirtschaftlichen Betriebselagereisen sind zunächst von der Debatte ausgeschlossen.

Abg. Hofmann (nl.) hält es für richtig, daß in Zeiten eines wirtschaftlichen Aufschwungs, wie jetzt, größere Mittel für Privatlokalitäten und Eisenbahnbauausführungen verwendet werden. Einmal ist es aus der Rücksicht, daß bei Eisenbahnen, die offenbar zu übermäßigem Bauvermögen führen, nicht noch ein Staat zu den Grundbesitzbesitzern herangezogen werden sollen. Er bitte in den nächsten Etat eine erheblich größere Summe zum Ausbau anderer Eisenbahnstrecken einbringen zu wollen. Ferner empfiehlt eine deutliche Verbindung des Mittelteils mit dem Einzellande und eine Befreiung von der Verbindung des Mittelteils mit der Strecke Dux-Breslau.

Abg. v. Garslitz (R.) wünscht eine Bahnlinie Calmeke-Melno, die besonders für die Zuckerindustrie von großem Nutzen sein würde.

Abg. Wörthmann (nl.) tadelt, daß Dessen-Rosau in der Vorlage nicht berücksichtigt ist und wünscht eine Bahn von Elstrie nach Rangschütz, wobei eine größere Förderung des Kleinbahnwesens. Abg. Frhr. v. Helldorf (H.) bittet um möglichst rasche Bestimmung des Baues der Linie Teuffitz-Giesau und Verbindung derselben mit Mühlhausen.

Abg. v. Brockmann (kon.) wünscht in Bezug auf die in der Vorlage enthaltene Linie Wetzsch-Heinberg eine Verlängerung von Heinsberg über Pölsin nach Gromkau. Ferner wünscht, daß der Bau der Bahn Privatunternehmern übertragen wird.

Minister Thelen erwidert, daß schon jetzt der Staat 50 Eisenbahnkilometer Privatunternehmern übertragen habe, jedoch habe das keine Verminderung des Verkehrs, sondern vielmehr eine Verlangsamung desselben zur Folge gehabt, ohne Schuld des Unternehmers, doch könne die Bauausführung wohl in kürzerer Zeit erfolgen, als der Staat brauchen würde, wenn er selbst baut. Man wolle zunächst einmal abwarten, ob das staatliche der Fall ist, ehe man noch weitere Privatunternehmern übertragen zur Ausführung der Linie Wetzsch-Heinberg.

Abg. Oeffe (natl.) wünscht den Bau der Linien Werdau-Notzenburg und Wilschdorf-Notzenburg.

Abg. Hagenow (kon.) wünscht eine bessere Erleichterung des Schlocher Kreises durch eine Bahn von Könitz nach dem Kreis Schönowitz nicht direkt nach Wippshof.

Minister Thelen erwidert, es hätten bereits Erörterungen stattgefunden, wie dem Kreise Schönowitz zu helfen sei. Diese Erörterungen seien noch nicht abgeschlossen.

Abg. Zastrow (Kr.) wünscht den Bau einer Linie Gersdorf-Schönowitz, der wegen des dort ganz sicher eintretenden großen Güterverkehrs anzuschließen sich könnten würde. Ferner wünscht eine Bahn von Gersdorf nach der Weitz.

Minister Thelen bemerkt, ein Verkehrsbedürfnis für die Strecke Gersdorf-Schönowitz sei seiner Ansicht nach nicht vorhanden.

Abg. Franke (nl.) wünscht eine Bahn Sprottau-Guben.

Abg. Schaffner (natl.) empfiehlt Bau der Bahn Zollhaus-Rahelshagen-St. Gooßenhausen.

Abg. v. Arnim-Waldenburg (H.) beantragt Verweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. Sichel (Kr.) befürwortet eine bessere Verbindung des Gmunds mit dem Rhein.

Abg. Anselm (natl.) bittet um eine Bahn Zell-Siechberg.

Abg. Jörnig (natl.) wünscht eine Bahn Altdorf-Grünberg. Damit schließt die Generaldebatte über die Eisenbahnen und Kleinbahnen.

Es folgt die Generaldebatte über die landwirtschaftlichen Getreide- und Erbsenlieferungen.

Abg. Dr. Baumbach (Kr.) sieht in diesen Lieferungen ein Mittel, den kleineren Landwirthen zu helfen, namentlich sollte man sie für die kleineren Betrieben und Genossenschaften nutzbar machen. Ferner wünscht durch Beschäftigung der Kleinrentner.

Abg. Dr. Conrad sagt dies zu und hofft, daß sich auch dort eine leistungsfähige Genossenschaft bilden werde.

Abg. Anselm (natl.) begrüßt die Mitteilung mit Freuden, da die Kleinrentner ein geeignetes Boden für solche Genossenschaften sei.

Damit ist die Debatte geschlossen. Die ganze Vorlage geht an die Budgetkommission.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Entwurf betr. Entschädigung für Schwereinfälle in Schlesien, betr. Charities und botanischen Gärten in Berlin und andere kleine Vorlagen.

Schluß nach 1 Uhr.

Asien.

Der türkei-griechische Krieg.

Die diplomatische Friedensarbeit befindet sich erst in ihrem Anfangsstadium und, trotzdem sie zweifellos längere Zeit beanspruchen wird, hat man in Griechenland bereits nervös und doch ablässig recht eilig mit dem Wunsche nach Einstellung der Feindseligkeiten. Nach einer Weile sind auch in Athen namentlich richtete die griechische Regierung insofern des Vertrages in der Herbeiführung einer Waffenruhe die eifrigste Bestrebungen an die Vertreter der Mächte. Sie erklärte, sie könne keine Verantwortung für etwaiges Blutvergießen, das erste Verwickelungen zur Folge haben würde, übernehmen! Kalli sagte dem Vertreter der „Times“, die Regierung befände sich in einer ersten Verlegenheit; zur Erlangung der Vermittlung der Mächte habe sie große Opfer gebracht, insbesondere mit der Anerkennung der Autonomie Kretas, die von England und Rußland nicht verlangt worden war. Sie habe sich mithin in den Augen der Griechen und Kreter bloßgestellt, ohne eine bestimmte Bürgschaft zu erlangen, daß die Türkei die Einstellung der Feindseligkeiten genehmigen würde. Sollte der Krieg fortgesetzt werden, so würde die Einstellung der Regierung hauptsächlich werden. Aus Konstantinopel erklärt, „Daily Telegraph“, der Sultan sei bereit, die Einstellung der Mächte und behalte den Wunsch, mit Griechenland unmittelbar zu unterhandeln. Dagegen meldet der seltener Berichterstatter deselben Blattes, Graf Murawjew habe auf ausdrücklichen Befehl des Zaren Herrn v. Reibow angewiesen, dñndig auf der Einstellung der Feindseligkeiten durch die Türkei zu bestehen. — Der römische Berichterstatter der „Daily Mail“ dröhlet, er habe in Anwesenheit der Mächte die Antwort der Türkei auf die Note der Mächte werde bejahend sein, begleitet von der Erklärung, die Türkei lege ihre Sache in die Hände der Mächte. Sie dürfte indefs gewisse Vorbehalte machen, um der Vollstreckung in Konstantinopel zu entsprechen.

Nach der Ansicht sachkundiger Personen sind die türkischen Friedensbedingungen: Kriegserklärung, Aufhebung der Kapitulationen, Verminderung der griechischen Flotte und Beilegung des Konflikts bis zur Beilegung der Grenzfragen; deswegen wird auch schon eine Einberufung dort eingeleitet. Man meint übrigens in türkischen Kreisen, daß die Sache noch lange nicht zu Ende sei, und befürchtet oder erhofft englisch-russische Verwickelungen wegen Kretas. Gestern fand im Jibiz-Kloster unter Vorsitz des Sultans ein Ministerrat statt, in welchem über die Verbalnote der Mächte bezüglich der Vermittlung und über den Abschluß eines Waffenstillstandes entschieden werden sollte. Wegen die von der Pforte angeführten Grenzverletzungen dürften, wenn der pariser „Nord“ gut unterrichtet ist, keine Einwendungen erhoben werden. Die Grenze zwischen der Türkei und Griechenland, schreibt der „Nord“, ist durch den Berliner Kongreß so mangelhaft tracirt worden, daß sich in den topographischen Karten eine neutrale Zone ergab, woraus alljährlich Konflikte zwischen den Grenztruppen entstanden. Die Grenzberichtigung wird sich daher auf die Herstellung einer neuen Trave beschränken. — Der „Nord“ vertritt sich übrigens nicht der Meinung einer Kongreß, sondern die Konstantinopeler Kongreß, dem Jahre 1861 hat die neue Grenze festgelegt, die dann von einer militärischen Kommission an Ort und Stelle abgeleitet wurde.

Die meisten heute vorliegenden Meldungen betreffen militärische Vorgänge, berichten jedoch nicht Zuverlässiges von größeren Unternehmungen und Gefechten. Bei Demosol grüßt sich die krenprijische Armee häufig in das zu Verteidigungsanlagen wohlgeordnete Gelände ein, allein angeht der weit ausgreifenden Vorwärtsbewegung der Türken ist die Gefahr für die Griechen, unklar, um so mehr, so groß, daß ihr weiterer Rückzug bis zum Paphos nur eine Frage kürzester Zeit ist, wozu nicht bad ein Waffenstillstand vereinbart wird. Zur Rechtfertigung des Rückzuges von Paphalos hat Herr Kalli folgende Erklärung gegeben: „Bei Paphalos fanden 65,000 Türken nur noch 22,000 Griechen gegenüber; außerdem hatten die Türken die dreifache Zahl von Kanonen in den Kampf geführt. Wäre das griechische Heer nicht zurückgegangen, so wäre es vollständig umgelaufen worden, daher ist die Abgrenzung des Rückzuges auf Demosol vollständig. Dagegen hat sie dem Kronprinzen den hundertfachen Verlust erlitten, während die Stellungen von Demosol und die Pässe des Dithyrisgebirges bis zum letzten Mann zu verteidigen.“ Der Daupton liegt wohl auf der Weisung, die Dithyrispässe zu halten, deren wichtiger der Paphos ist, weil er allein für größere Truppenmassen mit Artillerie gangbar ist. Von Demosol steigt die Straße nach Lania in ziemlich gerader südlicher Richtung etwa 18 km zu dem 850 m hohen Paphos an. — Oberst Smolenst, der noch immer bei Halmyros steht, kam den Abzug nach Westen, auf Demosol, kaum mehr wegen, da sich bereits türkische Truppen in seiner linken Flanke gezeigt haben; eher könnte er es unternehmen, über Platanos südlich bis Pafos und von da in westlicher Richtung auf Gergisbogen zum Paphos zu marschieren. Ist auch dieser Weg verliert, dann bleibt ihm immer noch die südliche Hügelkette nach der Küste des Mäglichen Golf offen.

Über die weitere Entwicklung der Dinge auf Kreta liegt eine laudner Mitteilung vor, wonach alle in Namen des Königs Georg dem Dritten auf Kreta eingeleiteten Behörden ihre Funktionen eingestell haben und die Anwesenheit des in Unruhen der Insel eine provisorische Verwaltung einleiten werden. Vor Patania sind drei Dampfer eingetroffen, um die griechischen Truppen an Bord zu nehmen; diese hatten jedoch infolge der Schwierigkeit der Zustellung der telegraphisch übermittelten Instruktionen der griechischen Regierung noch keinen Befehl erhalten, in die Heimat zurückzuführen. Die Admirale erleichterten die Ueberleitung und Zustellung der auf die Zurückführung der griechischen Truppen bezüglichen Depeschen. Die Einschiffung der Truppen sollte gestern noch ihren Anfang nehmen. Die auf der Insel vorhandenen türkischen Truppen verbleiben bis auf weiteres in ihren gegenwärtigen Garnisonsorten. Sofort nach dem Friedensschlusse werden die Mächte an die Organisation provisorischer autonomer Administrations-Behörden scheitern. Die europäischen Flotten werden nach Abzug der Griechen von der Insel zum größten Theile die freetrischen Gewässer verlassen.

Oesterreich-Ungarn.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurden die Abg. Schönerer und Genossen gestern einen Antrag ein, welcher die Regierung auffordert, die Verhandlungen mit Ungarn sofort abzubrechen, ein einjähriges Provisorium

auf Grund des status quo zu schaffen und inzwischen die Vorarbeiten zu einer Personalunion mit Ungarn vorzunehmen. Die Abg. Leber und Genossen beantragten die Einschiffung der Sonntagstruppe bei staatlichen Kanonern, Kredit-Instituten usw. Die Abgeordneten Daxhustner und Genossen interpellierten betreffs der Aufzehrung der Großmacht an die Türkei, ein weiteres militärisches Vorgehen sofort einzustellen. Oesterreich-Ungarn sei an der Gestaltung der Dinge im Orient in erster Linie interessiert. Die Interpellanten verlangten deshalb vom Ministerpräsidenten Aufklärungen vor dem Hause auch über den Stand der Interventions-Verhandlungen. Die nächste Sitzung wurde für Dienstag anberaumt.

Der gestern in Wien abgehaltene Verbandstag der österreichischen Industriellen nahm eine dahingehende Resolution an, daß die Regierung eine internationale Vereinbarung anstreben möge, um der prohibitiven Zollpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika und der damit verbundenen gemeinsamen Gefahr für das europäische Wirtschaftsgebiet wirksam zu begegnen. Nach dem gestern verhandelnden Beschlusse der Incompatibilitäts-Ausschusses im ungarischen Abgeordnetenhaus liegt bei den Abgeordneten Stefan Tisza, Karl Heczenyi, Hohenberg, Benke, Reumann, Enevich und Lohm ein Incompatibilitätsantrag vor. Mitglieder der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft sind am Mittwoch in Altenburg auf der Sitzung des Landes-Vereins eingetroffen und von Delegierten des ungarischen Landes-Agrarvereins herzlich begrüßt worden.

Frankreich.

Die Mächte befehlen weiter in längeren Artiken die Spende Kaiser Wilhelm's. Der „Figaro“ sagt, das hochherzige Benehmen des deutschen Kaisers und des Mächtigsten, welches er für das Unglück, welches Frankreich betroffen hat, hegt, haben allgemeine Anerkennung erregt. Die einstige Menge und eine Anzahl optimistisch gestimmter Pariser haben sofort den Gedanken ausgesprochen, Kaiser Wilhelm habe den bewundernden Wunsch, die Pariser Ausstellung von 1900 zu besuchen. Es sei möglich, so meint der „Figaro“, daß der Kaiser diesen Wunsch hegt; in diesem Falle habe aber Paris die Pflicht, dem Monarchen einen ehrenvollen Empfang zu bereiten. Es hieße aber keine Pariser in eigensinniger Weise verfeinern, wenn man annehmen wollte, daß der Plan des Reiches ihm den Gedanken zur Weisende eingegeben habe. Das sei keineswegs der Fall. Der „Matin“ schreibt, das kaiserliche Geschenk habe der Gedanken gewendet, es handle sich um eine politische Annäherung beider Nationen. Das hieße aber den Ereignissen weit vorzueilen.

Schweden.

Das Bundesgericht bewilligte die von der deutschen Gesandtschaft in Bern nachgelegte Publikation des russischen Barons Theodor von Unger-Sternberg, der sich in Lausanne in Haft befindet und von der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden wegen Betrages zum Nachtheil dortiger Gewerbetreibenden verurteilt wird.

Italien.

Die Deputiertenkammer setzte gestern die Beratung über die Armeeorganisationsfort und erzielte der Regierung in namentlicher Abstimmung mit Rücksicht gegen 115 Stimmen ein Verneinungsvotum. Sodann beschloß die Kammer, in die zweite Lesung des Gesetzes einzutreten.

Spanien.

General Bolavicia ist von den Philippinen zurückgekehrt und gestern vormittig 11 Uhr in Barcelona eingetroffen. Zum ersten Male waren die Behörden und der Herr erschienen, welche den General nach der Rückkehr geleiteten, wo ein Leben abgehalten wurde.

Großbritannien.

Der bimetalistische Parlamentsauschuß hielt gestern im Unterhaus eine Sitzung ab, an welcher zahlreiche Mitglieder des Hauses und mehrere bekannte Arbeitervereinsmitglieder anwesend waren. Der Vorsitzende, Sir William Hombrowth, erklärte in seinem Berichte, daß die Aussicht auf eine baldige Lösung der Frage durch ein internationales Uebereinkommen niemals besser gewesen sei als gegenwärtig. Insbesondere berichtete er über die Verhandlungen, welche in ihrer Hinsicht in Europa auf Veranlassung der Vereinigten Staaten geführt werden. Der Auschuß beschloß, eifrig dahin zu wirken, um diese Verhandlungen erfolgreich zu machen.

Rußland.

Die in England und in der Schweiz lebenden russischen Abhänger haben an den Zar Nikolaus II. einen offenen Brief gerichtet, der in ihrem in London in russischer Sprache erschienenen Organ „Sowremennik“ („Der Zeitgenosse“) kürzlich publizirt wurde. In dem Briefe bezeichnen die Abhänger die kaiserliche Politik des russischen Beamtenstums als die einzige Quelle aller Uebel im sozialen und politischen Leben Rußlands und appellieren an den Zar Nikolaus II., dessen weitestgehende Bildung sie hervorheben, er möge die Pflicht, das Beamtensthum der Kontrolle der öffentlichen Meinung unterwerfen. Ein in dem oben genannten Organ publizirter Artikel über die Lage der Presse in Rußland weist nach, daß die Zensuren im Zarenreiche ebenfalls der Gnade oder Ungnade eines jeden Beamten preisgegeben sind. Der Artikel verlangt auch darin schleunige Abhilfe.

Nordamerika.

Antil wird bekannt gemacht, daß Einfuhrzölle, um den Vortheil des niedrigeren Tarifes zu genießen, von Zeugnissen begleitet sein müssen, aus denen hervorgeht, daß die Waren des britischen Probeners nicht über die Fabrikanten sind. Solche Waren werden bis zur endgültigen Entscheidung der Tarifbehörde den Sägen des niedrigeren Tarifes ausgelassen werden.

Gerechtigkeitsverhandlungen.

Defian, 11. Mai. [Mittwochsvormittag.] Wegen Bestrafung gegen das Nahrungsmitteleigenthum am 23. Feb. d. J. von Schöffengericht in Bernburg ein Landwirth aus Altdorf und ein Kaufmann aus Bernburg zu einer Geldstrafe von je 25 M. verurtheilt worden; sie hatten widerrechtlich Wein und Anterrenen fälschlich mit Wasser verdünnt. Auf eingeleitete Berufung von Seiten der Staatsanwaltschaft wurde die Strafe verlesen von der Strafammer in Dessau für beide auf je 50 M. erhöht.

Mannheim, 13. Mai. [Ein Maler als Bilderdieb.] Der Kaufmann Alexander Hirsch aus Wiesbaden, welcher im Jahre 1893 in der Gemäldegalerie zu Mannheim a. M. von Colmar beschaffen worden ist, wurde am 11. d. M. von der Staatsanwaltschaft in Mannheim zu einer Geldstrafe von zwei Jahren verurtheilt worden. Hirsch war mit dem Erlöse des Bildes seiner Zeit nach Amerika gereist.

Provinzialnachrichten.

* Weiskens, 13. Mai. [Verhaftung.] Die Wahl des bisherigen Bürgermeisters der Stadt Weiskens Johann

Wäber und Commerzien.

Steinere Renne. Die glänzendsten Resultate...

Satzburg. Für Freunde des Kneipen- und Heilwasser...

Leutenberg. 302 m über der Meere, ist ein schwarz...

Reinheim (Autoren). In dem Heftigen, amnisierten...

Nordsee-Wut auf Fröhr. Die amnisierte, sehr...

Chicago, 13. Mal. [Telegr.] Weizen Mai 75/4, Juli 74/4...

Hamburg, 13. Mal. Spiritus fest per Mai Juni 20/1...

Hamburg, 13. Mal. Spiritus fest per Mai Juni 20/1...

Hamburg, 13. Mal. Spiritus fest per Mai Juni 20/1...

Hamburg, 13. Mal. Spiritus fest per Mai Juni 20/1...

Hamburg, 13. Mal. Spiritus fest per Mai Juni 20/1...

Hamburg, 13. Mal. Spiritus fest per Mai Juni 20/1...

Hamburg, 13. Mal. Spiritus fest per Mai Juni 20/1...

Hamburg, 13. Mal. Spiritus fest per Mai Juni 20/1...

Antwerpen, 13. Mal. Schmalz per Mai 50/1, Margarine rubig...

Wassersäule (+ bedeutet über, - unter Last).

Moldau, Inscr. Eger. Elbe.

Schiffverkehr und Frachten.

Berliner Börse vom 13. Mal. (Ergänzung zu den Notierungen...)

Bank-Diskonto.

Deutsche Fonds- u. Staatspap.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Deutsche Hypoth.-Forderungen u. Rentenanstalt.

Deutsche Eisenb.-Prior. Oblig.

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Eisenb.-Prior.-Obligationsen.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Argentin. Gold-Anl. 5 1/2%.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Bankdiskont. London, 13. Mal. Die Bank von England...

Rio de Janeiro, 12. Mal. [Telegr.] Wechsel auf London 72 1/2...

Warren- und Produktberichte.

Schlachtviehmarkt im städtischen Viehhofe zu Halle.

Zum Verkauf stehende.

Getreide.

Industrie-Aktionen.

Industrie-Aktionen.

Industrie-Aktionen.

Industrie-Aktionen.

Industrie-Aktionen.

Leipziger Börse, 13. Mal.

Leipziger Börse, 13. Mal.

Leipziger Börse, 13. Mal.

Leipziger Börse, 13. Mal.

Leipziger Börse, 13. Mal.